

höchsten verantwortlichen Rathgeber der Krone sein sollte, dem Kaiser einen solchen Schritt auf jede Weise zu erleichtern und dem Enkel Kaiser Wilhelm's I. damit den Glanz einer wahrhaften Popularität zu verleihen."

Das „Dsch. Wochenbl.“ des freikonservativen Abgeordneten Dr. Otto Arendt will davon Kenntniß erhalten haben, daß der Reichskanzler Herr von Caprivi amtsnütze sei und eine entscheidende Wendung unserer inneren Politik bevorstehe. Das Blatt hofft, daß sich Herr von Caprivi nicht ganz dem Dienste des Vaterlandes entziehen, sondern eine Stellung in der Armee erhalten werde, und schreibt: Wer der „kommende Mann“ auch sein mag, wir wünschen, daß es eine entschiedene politische Persönlichkeit ist, die eine feste und einheitliche Politik treibt. Der „neue Kurs“ ist in's Schwanken gerathen, es fehlt die feste Hand des starken Steuermannes, der dem Staatschiff wieder einen unwandelbar sicheren Kurs verleiht. . . . Seit lange haben die Sozialdemokraten versucht, die heutige Zeit mit der Zeit vor Ausbruch der französischen Revolution in Vergleich zu bringen. Jetzt kann kaum noch geleugnet werden, daß thatsächlich ein Umstand eingetreten ist, der den Vergleich herausfordert. Dieser Umstand ist die allgemeine Unzufriedenheit, die in allen Theilen Deutschlands, in allen Ständen, in allen Parteien gleichmäßig vorhanden ist. Diese Unzufriedenheit beschränkt sich — und darin sehen wir das Bedrohliche — nicht mehr auf die Oppositionsparteien, sie ist gleich groß auch überall da, wo man gewohnt war, Vertrauen und Treue gegen die Regierung und gegen die Dynastie als die Grundlage aller Politik zu betrachten. Wir wünschen eine Regierung mit klarem Programm in allen wichtigen politischen Fragen. Die Zerfahrenheit und Unentschiedenheit, das Schwankende und Unstäte der Politik des Ministeriums Caprivi trägt die Mitschuld an der allgemeinen Unzufriedenheit und diese muß bekämpft werden, denn sie ist eine Gefahr für Staat und Dynastie."

Der Reichskanzler hat am Freitag im Reichstage gelegentlich der erstmaligen Verathung des Etats sehr interessante und bemerkenswerthe Erklärungen über seine Gesamtpolitik abgegeben, zu denen Herr von Caprivi offenbar durch das Bedürfniß veranlaßt worden ist, den mannichfachen Befürchtungen und Besorgnissen, mit welchen man auf verschiedenen Seiten der Politik des neuen Kurses verfolgt, die Spitze abzubringen. Dies hat denn auch der leitende Staatsmann mit der ihm eigenen Offenheit und Klarheit in ebenso gründlicher wie überzeugender Weise gethan und wer sich jetzt trotzdem noch über den Gang der Dinge „beunruhigt“ fühlt, nun, dem ist eben nicht mehr zu helfen! Zunächst befeitigte Herr von Caprivi den aufgetauchten Mythos von seiner angeblichen Amtsmüdigkeit, er versicherte energisch, daß er nicht im Entferntesten daran denke, zurückzutreten, am allerwenigsten aber jetzt, wo er die neuen Handelsverträge dem Reichstage vorlegen wolle, was Herr v. Caprivi für die zweite Dezemberwoche in Aussicht stellte. Dann ging er den obwaltenden Beunruhigungen, deren Vorhandensein er nicht bestritt, zu Leibe und frag, wo denn irgend ein Grund liege, beunruhigt zu sein. Scharf trat er der Auffassung entgegen, als ob die Politik der jetzigen Regierung eine unständige und schwankende sei und wies die Ungereimtheit einer solchen Behauptung zunächst bei verschiedenen in das Gebiet der auswärtigen Politik fallenden Fragen nach. Er verteidigte die vielangefochtene zweite Reise Kaiser Wilhelm's nach Rußland, indem er versicherte, dieselbe habe vorzügliche Wirkungen gehabt, und kam weiter auf die Ereignisse von Kronstadt zu sprechen. Herr von Caprivi legte dar, daß es gar nicht in der Macht der deutschen Regierung gestanden habe, die Flottenentrevue von Kronstadt zu hintertreiben, er hob jedoch zugleich hervor, daß die Entrevue der Welt nur offen entfällt habe, was in Gestalt der Annäherung zwischen Frankreich und Rußland eigentlich schon längst existirt habe. Entschieden widersprach der Reichskanzler der Annahme, es sei durch Kronstadt eine bedrohliche Verschiebung der allgemeinen Lage eingetreten und gab wiederholt seiner bestimmten Meinung Ausdruck, daß die Entrevue von Kronstadt keinen begründeten Anlaß zu irgendwelchen Besorgnissen biete. Dann ließ sich Caprivi über den deutsch-englischen Afrika-Vertrag aus und widerlegte in längerer Ausführung die vielverbreitete Anschauung, Deutschland sei durch den Vertrag von England in Ostafrika thätig über's Ohr gehauen worden. Hierauf berührte der Reichskanzler einige innere Angelegenheiten, bezüglich derer der Regierung ebenfalls Vorwürfe gemacht worden wären, nämlich die Politik gegenüber den Elsaß-Lothringern und den Polen und

verteidigte er nach beiden Seiten hin überzeugend die Haltung der Regierung. Auch der militärischen Lage Deutschlands widmete er, Herr von Caprivi, längere Darlegungen und führte aus, es sei kein Grund vorhanden, zu befürchten, daß Frankreich und Rußland in ihren militärischen Vorkehrungen Deutschland überflügelt haben könnten. Vielmehr würde Deutschland im Kriegsfall die besten Chancen haben, doch versicherte der Reichskanzler wiederholt, daß der Friede nirgends bedroht erscheine. Er schloß seine eindrucksvollen und vom Hause mit öfterem lebhaften Beifalle begleiteten Erklärungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, die bestehenden pessimistischen Befürchtungen gründlich zerstört zu haben. — Im Eingange der Sitzung hatte der Schatzsekretär v. Nagahn-Güly das übliche finanzielle Exposé gegeben, aus welchem hervorzuhellen ist, daß der Fehlbetrag für das Etatsjahr 1891/92 auf 8 Mill. M. beziffert werden muß. Die im neuen Etat erscheinenden bedeutenden Mehrausgaben suchte der Schatzsekretär nach Kräften dem Hause annehmbar zu machen und bestrebt er sich augenscheinlich, der Finanzlage des Reiches die möglichst günstigsten Seiten abzugewinnen. Nach dem Staatssekretär sprach als erster Redner aus dem Hause zum Etat Namens der Freisinnigen Abg. Rüdert, welcher die Darlegungen des Regierungsvortreters über die Finanzlage in einer Reihe von Punkten bemängelte und bezüglich der einzelnen Theile des Etats den Standpunkt der Freisinnigen gegenüber den größeren Forderungen darlegte. Daneben streifte Herr Rüdert noch verschiedene andere Tagesfragen, sich hierbei im Allgemeinen ebenfalls auf den oppositionellen Standpunkt stellend. Am Sonnabend wurde die Generaldebatte über den Etat fortgesetzt und dürfte sie mindestens auch noch die Montag-sitzung ausgefüllt haben.

Bezüglich der weiteren parlamentarischen Dispositionen im Reichstage wird jetzt mitgetheilt, daß der Generaldebatte über den Etat die Verathung über die Vörierreformen folgen und dann die einstweilen unterbrochene zweite Lesung der Krankenkassengesetznovelle zum Abschluß gebracht werden solle. Die Spezialverathung des Etats würde dann die übrige Zeit bis zur Weihnachtsvertretung ausfüllen. Der angekündigte Gesekentwurf, betr. die Bekämpfung des Zuhälterwesens, soll dem Reichstage noch in der laufenden Session zugehen.

Der Bundesrath endigte in seiner Wochenplenarysitzung vom 26. November nur kleinere Angelegenheiten.

Die bairische Abgeordnetenkammer genehmigte nach mehrtägigen Verhandlungen am Freitag die Novelle zum Heimaths- und Berechtigungsgesetze mit 146 gegen 2 Stimmen im Ganzen nach den Ausschussträgen und unter Ablehnung aller Amendements. Hiermit ist eine Frage in befriedigendster Weise zum Austrage gelangt, welche viel Staub aufgewirbelt und wiederholt zu scharfen Controversen zwischen der bairischen und der übrigen deutschen Tagespresse geführt hat.

Das Münchner Amtsgericht hat am 26. d. M. einen streikenden Buchdruckerhilfen, der bei Beginn des Streiks einen anderen in Arbeit gebliebenen Geher wegen seines Fortarbeitens beschimpfte, zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Der nächste deutsche Innungs- und Handwerkerkongress soll Ende Januar oder Anfang Februar n. J. in Berlin abgehalten werden. Auf demselben soll neben der erneuten Besprechung des Befähigungs-Nachweises und sonstiger Handwerkerfragen als Gegenstand die Interpellation des Reichstagsabgeordneten Hise und die Antwort des Staatsministers von Bötticher über die vom 15. bis 17. Juli stattgehabte Handwerker-Konferenz auf die Tagesordnung gestellt werden. — Nach der „Germ.“ hat der Zentralausschuß der Innungsverbände beschlossen, daß der Zentralausschuß bezw. die Vertreter desselben auf der Handwerkerkonferenz an der kompetenten Stelle einen Protest dagegen erheben sollen, daß die Vertreter des Handwerks auf der Konferenz die Einführung des Befähigungs-Nachweises für undurchführbar erklärt hätten.

Herr von Bollmar hat Gelegenheit genommen, sich vor seinen Wählern über das sozialdemokratische Programm auszusprechen. Und es ist nicht ohne Interesse, daraus zu ersehen, daß Bollmar nach wie vor an seinen Theorien festhält, wonach die Verwirklichung des Programmes nicht das Werk des Augenblicks, sondern nur das Produkt einer jähen, ausdauernden Arbeit sein kann, durch die allmählich die Mittel herbeigeschafft werden, um das Ziel der Bewegung, die Befreiung der Menschheit, zu erreichen. Diese nüchternere Auffassung beweist Bollmar auch be-

züglich der Frage der direkten Gesetzgebung durch das Volk. Es sei unrichtig, meint er, dem Volke zu schmeicheln, denn das Volk sei nichts weniger als vollkommen. Das beweisen die Verhältnisse der Schweiz, wo sich das Volk bei der direkten Gesetzgebung rückschrittlicher erwiesen habe als die Parlamente. Auch das ist bemerkenswerth, daß Bollmar behauptet, seine Partei bekämpfe den Kapitalismus, aber nicht die Person des Kapitalisten, und daß er die Redensart von der „einzigen reaktionären Masse“ schlankweg als das charakterisirt, was sie ist. Es wäre nur zu wünschen, daß das „Volk“ der Sozialdemokratie diese sehr vernünftigen Ansichten in sich aufnehme.

In der österreichischen Delegation hat am Freitag die „Papstfrage“ ihre Rolle gespielt. Der tyroler Clerikale Jallinger brachte diese heikle Angelegenheit auf's Tapet, indem er an die Pilgernrunden in Rom anknüpfte. Jallinger verteidigte energisch die weltliche Souveränität des Papstes und betonte, es handelte sich hierbei um keine italienische, sondern um eine internationale katholische Frage. Im Verlaufe der weiteren Debatte hierüber nahm Minister Graf Kalnohy das Wort, um zu erklären, daß die Ausführungen Jallingers ein schwieriges Problem betreffen, auf welches er, der Minister, sich nicht näher einlassen könne. Doch hob Kalnohy den Wunsch der österreichischen Regierung hervor, der Papst solle eine Stellung einnehmen, welche die dem Haupte der katholischen Kirche nothwendige völlige Selbstständigkeit in sich schließe, zugleich verließ aber Kalnohy dem weiteren Wunsche der Regierung Ausdruck, es möge zwischen dem Papstthume und dem Königreich Italien Frieden bestehen. In seinen weiteren Darlegungen betonte Kalnohy, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien ein politisches Bündniß bestehe und ersteres könne daher nicht in das von Jallinger angeregte Problem eingreifen, ohne die Gefühle der italienischen Nation zu verletzen. Zuletzt erklärte der Minister unter lebhaftem Beifalle der Delegation, die Lösung des fraglichen Problems sei bisher noch Niemand gelungen, weshalb er aus alledem keine Schlussfolgerungen ziehen wolle. — Man kann nicht leugnen, daß Kalnohy einen geschickten rednerischen Cirtanz in der Frage der Wiederherstellung der weltlichen Papstmacht aufgeführt hat; Oesterreich darf es eben als katholische Macht mit dem Papst nicht verderben, es muß aber auch Rücksichten auf seinen italienischen Bundesgenossen nehmen.

Eine Anzahl Mitglieder der radikalen Partei der französischen Deputirtenkammer, an ihrer Spitze die Abgeordneten Goblet, Vochroy, Sarrien, Peytral und Willeraud, hat ein neues Programm veröffentlicht. Als dessen Hauptpunkte erscheinen folgende Forderungen: Steuerreform, Regelung des Verhältnisses des Staates zur Kirche, sowie Reformen zum Wohle und zum Schutze der Arbeiter. Es ist noch nicht ganz klar, wohin die genannte Kammergruppe mit ihrem neuen Programm eigentlich zielt, denn sollte auf Grund desselben eine energische Aktion gegen die Regierung eingeleitet werden, so müßte doch die ganze radikale Partei hinter dem neuen Programme stehen.

Der Pariser „Figaro“ behauptet, Kenntniß von dem deutsch-italienischen Allianzvertrag zu haben. Danach hätte sich Italien verpflichtet, im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland sofort und ohne irgend-einen Verzug an der Alpengrenze eine Armee von 200,000 Mann aufzustellen, die jeden Augenblick bereit sei, angreifen vorzugehen. Außerdem werde der eine Theil der Flotte sofort an die Küste Algiers und Corsica abdampfen, der andere aber die Küste Frankreichs am atlantischen Ozean bewachen. Dagegen würde im Falle eines italienisch-französischen Krieges Deutschland sofort das achte, vierzehnte und fünfzehnte Armeekorps mobilisiren und an den Vogesen aufstellen. Die Engagements Italiens Oesterreich gegenüber sind weniger positiv und formell. Zwischen den beiden Mächten herrsche eine mehr diplomatische Entente. Die beiden Kabinette Wien und Rom hätten vereinbart, in Bezug auf die Orientpolitik dieselben Wege einzuschlagen. Ein maritimes Zusammenarbeiten der beiden Mächte sei nur für den Fall vorgesehen, wo das Gleichgewicht und der status quo im Mitteländischen Meer schwer bedroht wäre. Der Gewährsmann des „Figaro“ behauptet, seine Kenntniß einer durchaus glaubwürdigen Quelle zu verdanken.

Die Wintersession der rumänischen Deputirtenkammer ist am Freitag durch König-Karl mit einer Thronrede eröffnet worden. Dieselbe bezeichnet, was ihre wesentlichsten Punkte anbelangt, die Beziehungen Rumäniens zu allen